

des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

26. MÄRZ 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/59

Bonn, den 26. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<p>"Deutsche Politik 1962"</p> <p>-----</p> <p>Monströses Zwittergebilde, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt Von Dr. Paul Kübler, M&B</p>	61
3 - 5	<p>Politische Wende im Weinland ?</p> <p>-----</p> <p>Vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz Von Lothar Schwartz, Mainz</p>	104
5	<p>Tabus abbauen !</p> <p>-----</p> <p>Zu einer Anregung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Meyers</p>	27
6 - 7	<p>Kommunisten haben im Bergbau nichts zu melden</p> <p>-----</p> <p>Erste Ergebnisse von den Betriebsrätewahlen Bergarbeiter der Schachtanlagen Rheinbaben und Blumenthal distanzieren sich Fritz Zschiesche</p>	50

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Deutsche Politik 1962"

Monströses Zwittergebilde

herausgegeben vom Presse- und Informationsamt

Von Dr. Paul Kübler, MdB

"Deutsche Politik 1962" lautet der anspruchsvolle Titel eines 520-Druckseiten starken Tätigkeitsberichtes der Bundesregierung, den das Presse- und Informationsamt - auf Kosten der Steuerzahler, versteht sich! - verteilt. Neben dem Tätigkeitsbericht will die "Deutsche Politik 1962" auch noch ein umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit geben. Berufe und Industrieunternehmen, Universitäten und Jugendverbände, auch das Leben in der Ostzone, erscheinen in dem handwerklich sauber gearbeiteten Sachwortregister von 2.500 Stichworten. Etwa 50 Landkarten und graphische Darstellungen verdeutlichen den Textteil, der noch von 111 Bildseiten mit mehr als 400 ausgezeichneten Photographien ergänzt wird.

Der Tätigkeitsbericht einer Regierung und die Darstellung der deutschen Wirklichkeit sind zwei legitime und notwendige Aufgaben. Aber die Vermischung beider Anliegen führte zu einem monströsen Zwittergebilde, das den Eindruck erzeugen muß, Deutschland habe eine "Staatspartei" und das Leben in Deutschland werde nur von der Regierung und ihren Beamten gestaltet.

- * Die Verfassungswirklichkeit wird falsch dargestellt. Der Bundestag wird im Register
- * überhaupt nicht erwähnt; er gehört also nicht
- * zur "Deutschen Politik 1962". Erfolge der
- * Landesregierungen werden so willkürlich zitiert, daß die parteipolitische Absicht penetrant wirkt.

Die beiden kurz vor Landtagswahlen stehenden Bundesländer Rheinland-Pfalz und Niedersachsen werden im Bericht des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen völlig verschieden behandelt. In Rheinland-Pfalz stehen die Bemühungen der CDU-Landesregierung zur Förderung kultureller Einrichtungen im Mittelpunkt. Dabei werden acht Institutionen bis hin zu den Pfarrbüchereien aufgezählt. Auch für Erhaltungsarbeiten an der St.-Matthias-Basilika und der Liebfrauentiftskirche wird Rheinland-Pfalz vom Bundesministerium für gesamtdeutsche (!) Fragen gelobt, während die kulturpolitische Arbeit in den Zonenrandgebieten

Niedersachsens und Hessens ohne Ortsnamennennung und ohne Hinweis auf den Anteil der von sozialdemokratischen Ministerpräsidenten geführten Ländern nur summarisch nach Sachgebieten aufgezählt wird.

Die stärkste Verfälschung der "Deutschen Politik 1962" liegt aber in der Auswahl der Bilder. Adenauer erscheint 23 Mal, der nächste ist Gerhard Schröder mit 8 Mal, während Erhard und de Gaulle nur auf sieben Fotos die "Deutsche Politik 1962" repräsentieren. Minister Scheel übertrifft mit fünf Bildern je drei Fotos von Strauss und Würmeling und je zwei von Lenz, Niederalt, Balke und Hassel.

- * Am peinlichsten aber ist die Bildauswahl
- * über Berlin. Adenauer wird zweimal in
- * Berlin gezeigt, mit General Clay und vor
- * jubelnden Menschenmassen. Der Regierende
- * Bürgermeister Willy Brandt, wird als Bild-
- * unterschift unter Verkürzung seines Ti-
- * tels nur einmal bei einer Ehrung für den
- * bisherigen Bevollmächtigten der Bundesre-
- * gierung in Berlin, Dr. Heinrich Vockel,
- * erwähnt. Auf einem zweiten Foto ist er hin-
- * ter Robert F. Kennedy zwar zu sehen, aber die
- * Bildunterschrift vermerkt dies nicht!

Wenn unter den Hunderten von abgebildeten Personen nur ein einziger Sozialdemokrat so repräsentativ erscheint wie etwa die Generale Foertsch, Kamhuber und Panitzki, so ist dies eine Verfälschung der "Deutschen Politik 1962", zu der die Sozialdemokraten Bilder von zwei Vizepräsidenten des Bundestages, fünf Ministerpräsidenten, 33 Landesministern und 30 Oberbürgermeistern der größten deutschen Städte als Auswahl hätten anbieten können.

Dieser "Tätigkeitsbericht" mit dem irreführenden Titel "Deutsche Politik 1962" ist ein Skandal. Wenn die CDU/CSU schon die Absicht haben, ihre angeblichen Verdienste herauszustellen, so wäre nichts dagegen einzuwenden. Dann soll man aber gefälligst die Steuerzahler ungeschoren lassen, denn sie bezahlen schliesslich den ganzen Propagandakarummel.

Politische Wende im Weinland ?

Vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
Von Lothar Schwartz, Mainz

Nach den Berliner Wahlen vom 17. Februar fällt am kommenden Sonntag in Rheinland-Pfalz die zweite wichtige Wahlentscheidung dieses Jahres in der Bundesrepublik. Rund 2.375 000 Einwohner des Weinlandes zwischen Rhein, Mosel und Saar sind zum Votum über die Zusammensetzung des neuen Landtages aufgerufen. Sechs Parteien bewerben sich um die 100 Sitze im Landesparlament am Mainzer Rheinufer, aber CDU, SPD und FDP werden dieses Rennen unter sich ausmachen. Die im bisherigen Wahlkampf beobachtete politische Reife und Mündigkeit der Bevölkerung läßt auch hier eine klare und teilweise vernichtende Absage an die rechts- und linksradikalen Splittergruppen erwarten.

CDU in der Defensive

Im Wettbewerb um die Wählerstimmen befindet sich die CDU eindeutig in der Defensive. Sie ist vollauf damit beschäftigt, die sozialdemokratischen Feststellungen erheblicher Unterbilanzen in der landespolitischen Wirklichkeit zu entkräften. Der christdemokratische Landesvorsitzende, Kabinettschef und medizinische Ehrendoktor Peter Altmeier operiert dabei ohne Geschick, kultiviert den politischen Freistil seines großen Vorbildes Adenauer und verfehlt damit in bedrückender Weise das Thema der notwendigen sachlichen Auseinandersetzung um die Anhebung rheinland-pfälzischer Verhältnisse auf das Niveau der übrigen Bundesrepublik.

Der durch die bisherige CDU/FDP-Landesregierung versäumte Anschluß auf bildungs-, agrar- und verkehrspolitischen Gebiet ist das zentrale Thema der Sozialdemokraten, deren Wahlprogramm unter dem Leitwort "Wir schaffen es gemeinsam!" steht. Man könnte es auch mit dem Arbeitstitel "Konzeptionen gegen Versäumnisse" überschreiben. Es präsentiert sich als eindrucksvolles Gegenrezept für Spätbindungen, Unterlassungsünden und Versäumnisse, mit denen das Kabinett Altmeier Rheinland-Pfalz und seine Menschen in Schlußlichtpositionen unter den Bundesländern manövriert hat.

SPD betont sachlich

Mit betonter Sachlichkeit führt die SPD in ihrem trotzdem elanvoll-offensiven Wahlkampf mit konkreten Vergleichen den Nachweis, daß die bisherige absolute CDU-Mehrheit im Mainzer Landtag durch Konzeptionslosigkeit, Fehlinvestitionen sowie verstaubte kulturpolitische Vorstellungen und Verkrampfungen das in sie gesetzte Vertrauen schwer enttäuscht und die Menschen dieser südwestdeutschen Landschaften unverdienten Benachteiligungen gegenüber der Bevölkerung anderer Bundesländer ausgesetzt hat.

Vor allen die Gegenüberstellung der Ergebnisse fortschrittlicher sozialdemokratischer Landespolitik in Hessen auf schul-, sozial- und agrarpolitischen Gebiet zu den roten Zahlen in der Abschlußbilanz der nur 16 km von der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden entfernten Mainzer Staatskanzlei hat die Nervosität bei den rheinland-pfälzischen

Christdemokraten bis zu Kurzschlußreaktionen gesteigert. Sie bekennen sich in der öffentlichen Diskussion plötzlich zur Einrichtung der bisher als "dirigistisch und dorffeindlich" verfeimten Mittelpunktschulen, räumen verschämt und kleinlaut die Berechtigung der sozialdemokratischen Vorwürfe wegen der Fehlinvestition von Millionen ein, die in den vergangenen Jahren für den Neubau ein- und zweiklassiger Volksschulen auf dem Lande zum Fenster hinausgeworfen worden sind und bieten "Gemeinsamkeit" im Parlament für die Beseitigung des alarmierenden Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land an!

Verunglückter "Landesvater"

Der mit "landesväterlichen" Ambitionen ausgestattete und offenbar auf eigenes Kommando zum alleinigen "Wahlkampfschlager" der CDU erhobene Altmeier versagt sich bisher in der Öffentlichkeit noch solche späteren Erkenntnisse oder versucht sie mit gehässiger Angriffen und dem wider besseres Wissen erdachten Vorwürfen von "blindwütiger Verneinung der SPD" zu kompensieren. Er leistet damit den Sozialdemokraten ungewollte Wahlhilfe, denn weite Kreise der Bevölkerung spüren die hinter solcher Unsachlichkeit und Diffamierungstaktik stehende krüskierende Unterschätzung ihres Urteilsvermögens.

Die "Dienstreisen" der Bonner CDU-Minister

Mit der gleichen Klarheit nehmen sie die auffällige Dienstreise- und Inspektionslust Bonner CDU-Minister zur Kenntnis, die sich seit zwei Wochen auf Rheinland-Pfalz konzentriert hat. Sie wissen, daß die Herren Seeborn, von Hassel, Dr. Krone und Erhard unter Vortäuschung von Ressortaufgaben per Dienst-, Salonwagen und Hubschrauber lediglich den bedrängten Parteifreunden zur Hilfe eilen und dem unter einer dicken Staubschicht gärenden "Weinfaß der Bundesrepublik" die allein selig machende Wirkung einer CDU-Herrschaft suggerieren wollen. Die Rhein- und Moselfahrten der Bonner CDU-Prominenz erfolgen weder des Weins noch der berechtigten Besorgnisse der rheinland-pfälzischen Bevölkerung, sondern ausschließlich der Wählerstimmen wegen; sozusagen aus Parteikummer!

CDU bangt um Mehrheit

Nüchterne Rechner in den Reihen der CDU haben nicht erst seit der großflächigen und zehntausendfachen Plakatierung eines verunglückten Altmeier-Porträts - diese grandiose wahlpropagandistische Fehlleistung wurde inzwischen durch einen etwas publikumswirksameren Kopf des CDU-Landeschefs überklebt - ihre absolute Landtagsmehrheit abgeschrieben. Ein fünftes Kabinett Altmeier soll trotzdem durch die Abgabe eines zweiten Ministersessels an die bisher brav und ergeben im Anhängerwagen der CDU mitfahrenden Freidemokraten gesichert werden. Selbst die christdemokratischen Pessimisten finden an den übereifrigen freidemokratischen Koalitionstreue-Kundgebungen einen gewissen Trost.

Trotz dieses freiwilligen Bekenntnisses zu landespolitischer Sterilität hofft die FDP, von dem seit der Bundestagswahl 1961 sogar in den sicher geglaubten CDU-Domänen in Hunsbrück und Eifel sicht- und spürbar gewordenen Vertrauensschwund der Unionspartei noch zu profitieren. Während die politischen Beobachter gegenüber diesen Erwartungen skeptisch sind, rechnen sie den Sozialdemokraten mindestens vier Prozent Stimmengewinn zu, womit die SPD in diesem für sie wohl schwierigsten Bundesland die 40-Prozent-Marke überschreiten würde.

"Reichsrufers" und "Freunde Ulbrichts"

Von einer Außenseiterchance träumen die DRP-Kameraden des "Reichsrufers" Adolf von Thadden, der zum rhetorischen Marathon-Minsatz von Hannover in die Pfalz und nach Rheinhessen geeilt ist. In diesen Regierungsbezirken trommelt und agitiert er vor allem in den klein- und mittelbäuerlichen Kreisen, um auf ihrer durch die Verhältnisse der Landesregierung mit verursachten EWG-Furcht sein rechtsradikales Süppchen zu kochen, das ihm die nüchtern urteilenden Landwirte jedoch versalzen dürften. Es ist unwahrscheinlich, daß die Rechtsaußen-Splittergruppen mit dieser Masche ihren sensationellen Sprung über die Hürde der Fünf-Prozent-Klausel bei den Landtagswahlen 1959 noch einmal wiederholen kann.

"Die Freunde Ulbrichts" (DFU) und Hausleitners "Deutsche Gemeinschaft" können bei einer Vorschau auf das Votum der rheinland-pfälzischen Wähler gänzlich außer Betracht bleiben. An ihnen wird die Bevölkerung dieses Bundeslandes beweisen, daß die ihr auferlegten Schlußlichtpositionen in einem bedauerlichen und unveränderten Mißverhältnis zu ihrer persönlichen Aufgeschlossenheit und Urteilsfähigkeit für eine dem Fortschritt und der sozialen Demokratie verpflichtete Politik stehen. Das unter diesem Blickwinkel auch in Rheinland-Pfalz umgehende große Unbehagen über die derzeitigen Koalitionen in Bonn und Mainz läßt weite Bevölkerungskreise auf eine Wende in der Landespolitik hoffen!

+ + +

Tabus abbauen!

Zu einer Anregung des nordrhein-westfälischen
Ministerpräsidenten Meyers

sp - Vom Standpunkt einer Stärkung der deutschen Demokratie aus gesehen, ist die innerhalb der CDU geführte Diskussion um eine Parteireform zu begrüßen. Diese Partei muss sich auf die Zeit nach Adenauer einstellen, jenem Mann, der sie in glücklichen Zeiten zu unvergleichlicher Größe geführt hat, aber heute zum größten Sorgenkind geworden ist. Die Rezepte der Simplifizierung, früher so oft mit Erfolg angewendet, reichen für eine Staatsführung und auch nicht für die Führung einer Partei aus. Die jüngeren, der Zukunft zugewandten Kräfte der CDU, versuchen nun die komplizierte politische und wirtschaftliche Wirklichkeit in den Griff zu bekommen und sie stehen hier erst vor dem Beginn des Anfangs. Da haben sie ihrerseits nicht auf der Person folgenden Konkurrenten, der deutschen Sozialdemokratie, vieles abzugucken. Mit bloßer Umorganisation ist es nicht getan. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Meyers, empfahl seiner Partei eine gründliche Analyse der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und gebrauchte in diesem Zusammenhang das seinerzeit viel gelästerte Wort von einer Bestandsaufnahme, bei der eine Reihe von Tabus unter den Tisch fallen müssten. Eine wahre Erkenntnis - nur leidet sie darunter, dass die Praxis dieser Partei damit - siehe die vergangenen und noch bevorstehenden Wahlkämpfe - nicht immer im Einklang steht. Aber schon das Bemühen der weiter denkenden CDU-Kreise läßt in dieser Richtung vielleicht einiges hoffen. Die deutsche Politik und die Parteien untereinander bedürfen des Abbaus von Tabus, um gemeinsam die Tore für heute und morgen offen zu halten. Keine politische Kraft in der Bundesrepublik, auf sich allein gestellt und in steriler Gegnerschaft mit anderen Kräften verstrickt, kann es allein schaffen.

+ + +

- 6 -

Kommunisten haben im Bergbau nichts zu melden

Erste Ergebnisse von den Betriebsrätewahlen
Bergarbeiter der Schachtanlagen Rheinbaben und

Blumenthal distanzieren sich

Von Fritz Zschiesche

Die kommunistischen Paradedeferde unter den westdeutschen Bergbau-
betrieben waren zweifellos die Zechen Rheinbaben und Blumenthal. Die
dort beschäftigten Kommunisten Kraienhorst und Mall verfügten über
straff organisierte Gruppen, mit deren Hilfe sie jede oppositionelle
Regung unter den Belegschaften als arbeiter- und belegschaftsfeindliche
Aktion abqualifizierten. Aus dieser selbstherrlichen Einstellung her-
aus überwarfen sie sich auch mit ihrer Gewerkschaft IG Bergbau und
Energie und mußten von dieser wegen gewerkschaftsschädigenden Verhal-
tens ausgeschlossen werden. Das hinderte beide "Vertreter" nun keines-
wegs bei der Betriebsratswahl 1965 mit eigener Listen, als "Bergarbei-
terverband" oder "Unabhängige" getarnt, gegen die Kandidaten ihrer
früheren Gewerkschaft zu Felde zu ziehen. Mit den üblichen Methoden war
es ihnen damals auch möglich, ihre Belegschaften zu täuschen und sich
einen maßgeblichen Einfluss in den Betriebsräten zu sichern.

Erfolge intensiver Aufklärungsarbeit

Zwei Jahre intensiver Aufklärungsarbeit der Industriegewerkschaft
Bergbau und Energie, die von den sozialdemokratischen Vertrauensleuten
in diesen Schachtanlagen nachhaltig unterstützt wurde, waren erforder-
lich, um in den Belegschaften den Einfluss des inzwischen ausgeschlie-
ßenen Kraienhorst und seiner Nachbeter abzubauen.

Immer wieder wurde die kritische Lage im westdeutschen Steinkoh-
lenbergbau von den Kommunisten und ihren Pankower Helfershelfern be-
nutzt, den Kumpels einzureden, dafür seien nicht zuletzt auch die Kol-
legen Gutermuth und Dahlmann vom Hauptvorstand der IGBE verantwortlich,
die sich angeblich nicht hart genug für die davor betroffenen Bergar-
beiter einsetzten. Mit propagandistisch angelegten Lieferungsersuchen
seitens der sowjetzonalen Wirtschaftsbürokratie versuchte man den Ein-
druck zu erwecken, als ob man den westdeutschen Kumpels ihre Arbeits-
plätze sichern helfen wolle.

Demokratisches Verantwortungsbewußtsein der Kumpels

Wenn die Rheinbaben- und Blumenthal-Kumpels alle diese geschickt angelegten sowjetzonalen Propagandamanöver trotzdem durchschauten und sich nicht erneut auf den kommunistischen Leim führen ließen, so spricht dies, insbesondere angesichts der mangelnden Bereitschaft der Bundesregierung, sich zu einer klaren langfristigen energiepolitischen Konzeption durchzuringen, für ein demokratisches Verantwortungsbewußtsein der in ihrer Existenzgrundlage bedrohten Bergarbeiter, das für alle jene beispielhaft sein könnte, die allzu leichtfertig die westdeutsche Arbeitnehmerschaft der demokratischen Unzuverlässigkeit zu verdächtigen bereit sind.

Zahlen sprechen beredte Sprachen

Hier die gewerkschaftlich aufgeschlüsselten Ergebnisse dieser Betriebsrätewahlen mit den Vergleichszahlen von 1961:

Schachtanlage Rheinbaben:

	<u>1963</u>	<u>1961</u>
IG Bergbau und Energie	10	3
Unabhängige (früher Liste Kraienhorst)	6	14
Bergarbeiterverband	2	-
Christl. Bergarbeiterverband	1	1
DAG	-	-
	--- 19	--- 19

Schachtanlage Blumenthal:

IG Bergbau und Energie	16	10
Liste Moll (KP-Anhänger)	-	8
Christl. Bergarbeiterverband	1	1
	--- 17	--- 19

Da von den neugewählten Betriebsräten beider Schachtanlagen 16 Mitglieder der SPD und 7 mit ihr Sympathisierende sind, ist die Feststellung erlaubt, daß es nicht zuletzt das Verdienst der Sozialdemokraten ist, wenn es ihnen und keiner anderen politischen Gruppe in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten in den Betrieben gelingt, das Vertrauen der Belegschaften auf demokratisch zuverlässige Betriebsräte zu übertragen.